

Die jetzige Regierung ist nicht dazu angetan, Fortschritte in diese Richtung zu unternehmen. Die engstirnige Gesellschaftsauffassung hat nämlich nichts mit verbal erklärter politischer Ideologie zu

tun. In dieser Hinsicht gibt es keine Unterschiede zwischen den Parteien, mögen sie nationalistisch sein wie die NDP, liberaldemokratisch wie der 'Nepali Congress' oder sozialdemokra-

tisch/kommunistisch wie CPN-UML und NCP-ML. Dies alles läßt die Perspektive für die Entwicklung von Demokratie und ziviler Gesellschaft düster erscheinen.

Kommentar:

Die Aussichten der neuen Koalition

von Ram Pradhan

Nach allen vorliegenden Anzeichen wird die neue Koalition aus 'Nepali Congress' (NC) und 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)' (NCP-ML) zahlreiche Hürden überwinden müssen, bevor die beiden ideologischen Rivalen eine funktionsfähige Regierung darstellen können. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen, die laut Premierminister Koirala für das Frühjahr 1999 geplant sind, wird die Stärke und Nachhaltigkeit der politischen Zweckehe wiederholt auf die Probe gestellt werden.

Aufgrund der Gefahr innerparteilicher Probleme in beiden Koalitionsparteien spekulieren die nepalischen Boulevardblätter über die verschiedensten Möglichkeiten eines frühzeitigen Scheiterns der Koalition. Diese Koalition steht auf solch tönernen Füßen, daß die leichteste falsche Bewegung auf Seiten beider politischer Partner zum Kollaps und erneuten Versuchen, eine Regierung zu bilden, führen kann.

Ein Sicherheitsfaktor aus der Perspektive des 'Congress' ist gewiß der endlose Zermübungskrieg im kommunistischen Lager. Solange die ehemals vereinten Parteien 'Communist Party of Nepal' (United Marxist Leninists)' (CPN-UML) und NPC-ML keine Front gegen den 'Congress' bilden, wird der resolute Koirala nicht die Macht verlieren. Er ist zuversichtlich, daß die "unheilige" Allianz von 'Congress' und NCP-ML bis zur nächsten Wahl im Amt bleiben wird.

Beiden Koalitionsparteien liegt sehr daran, die Wahlen solange wie möglich aufzuschieben. Der 'Congress' steht unter dem Zwang zu internen Reformen, um wieder an den früheren Glanz und die Rolle als Mehrheitsfraktion anknüpfen zu können. Der Koalitionspartner NPC-ML muß sich hingegen erst noch als eine anerkannte politische Kraft profilieren. Beides erfordert Zeit.

Zudem stehen die beiden Koalitionäre, Koirala und Bam Dev Gautam, unter Rechtfertigungszwang, da die Koalition bislang noch nicht wirklich arbeitsfähig ist. In beiden Parteien sind noch Zweifel verbreitet, ob dieses Bündnis dem jeweiligen Image der Parteien in der Öffentlichkeit dient. Doch selbst bei Abstimmungsproblemen im Parlament werden diese beiden Parteien wieder zueinander finden, alleine um ihren gemeinsamen Gegner, die CPN-UML, kleinzuhalten.

Auch die Rolle der Partei der früheren 'Panchayat'

Mitglieder, die 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP), ist bei den Koalitionspartnern nicht vergessen und keine Fraktion möchte auf die RPP-Unterstützung angewiesen sein. Die RPP wird wohl nicht wieder ihre alte Stärke im Parlament erzielen. Dies wäre ein Stabilitätsgewinn, da eine geschwächte RPP nicht wie bislang Koalitionen unter Druck setzen kann.

Die Bevölkerung bleibt jedoch skeptisch, ob die neue Koalition wirklich die politische Lage im Land verbessern kann. Die Menschen erwarten keine radikalen Veränderungen. So hat der 'Congress' zwar der Forderung der NCP-ML nachgegeben, daß die indische Armee sich aus Kalapani zurückzieht und der indisch-nepalische Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1950 aufgelöst oder neuverhandelt werden müsse. Koirala ist es jedoch leicht gefallen, diesen Forderungen zuzustimmen. Diese werden im normalen Regierungsgeschäft untergehen und die 'Congress'-Fraktion braucht nur darauf zu verweisen, daß die Reaktion Indiens abgewartet werden müsse.

Propheten und Schwarzmaler sehen eine schwere Zeit für die neue Koalition voraus. So haben sich einflußreiche Politiker der NCP-ML, wie etwa R.K. Mainali, nicht an der Kabinettsbildung beteiligt. Zudem hat sich Koirala den Ärger von 13 'Congress'-Ministern zugezogen, die er entlassen mußte, um die NCP-ML-Minister ins Kabinett holen zu können. Andererseits ist zu vermuten, daß sich Koirala auch bei Druck von Seiten der NCP-ML als Chef einer Minderheitenregierung behaupten kann.

Von besonderer Bedeutung für die demokratische Integrität der neuen Koalition sind jedoch die seit dem Angriff der Maoisten aufgeschobenen Kommunalwahlen im mittleren Westen. Mit diesen Wahlen könnte die Regierung beweisen, daß der Vormarsch der Maoisten aufgehalten werden und die Bevölkerung ihr Recht zur freien Wahl ihrer Repräsentanten ausüben kann.

Gemeinsam können die beiden Koalitionsparteien, wenn sie dies wünschen, zudem Gesetze für mehr Transparenz und Verlässlichkeit der Verwaltung und für freie und gerechte Wahlen erlassen, um endlich eine demokratische Kultur in Nepal zu ermöglichen.

Übersetzung: Jürgen Clemens

Demokratie per königlichem Dekret?

von Subir Bhaumik

"Wir brauchen noch keine demokratischen Reformen", kommentierte ein Vertreter in der Nationalversammlung Bhutans, 'Tshongdu', die Bekanntgabe eines Dekrets ('Koshu') durch König Jigme Singye Wangchuk, das der Nationalversammlung zusätzliche Exekutivrechte erteilt. Diese "Demokratisierung von oben" sieht vor, daß das Kabinett nunmehr vom 'Tshongdu' direkt gewählt werden soll, und der König sogar mit einer Zweidrittelmehrheit im 'Tshongdu' abgesetzt werden kann. Damit folgt der amtierende König dem Vorbild seines Vaters, Jigme Dorji Wangchuk, der die 'Tshongdu'-Versammlung unmittelbar nach seiner Inthronisierung 1953 einsetzte. Mit weiteren Reformen konnte sich Jigme Dorji jedoch nicht durchsetzen. Auch die jüngsten Reformansätze stießen unter den Volksvertretern auf Unverständnis und Ablehnung. So konnte sich die Versammlung nicht auf eine eigene Kandidatenliste für das sechsköpfige Kabinett einigen und stimmte letztlich den Vorschlägen des Königs zu.

Unmittelbar Beteiligte und externe Beobachter kommen bei ihren Bewertungen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Da die Monarchie Dreh- und Angelpunkt der bhutanischen Gesellschaft sei, sträubt sich die Mehrheit der Volksvertreter gegen die eigenhändige Entmach-

ung des Königs - und gegen die Übernahme zusätzlicher Verantwortung und Rechte. Da das politische System zudem für die von der Opposition vehement geforderten Neuwahlen auf Mehrparteiensbasis noch nicht reif sei, bewerten ausländische Beobachter die königlichen Reformvorschläge als einen wichtigen Meilenstein auf dem langen Weg zur repräsentativen Demokratie.

Sprecher der Opposition werfen dem König demgegenüber das Festhalten an der Vetternwirtschaft vor, da das von ihm vorgeschlagene Kabinett sich einzig durch die Loyalität zum Königshaus auszeichne - zwei Minister gehören unmittelbar zur Familie des Königs. Zudem ist die große Bevölkerungsgruppe der Nepali-sprechenden 'Lotsamphas' nicht im aktuellen Kabinett vertreten. Deren Vertreter erkennen keinen politischen Kurswechsel, da der Staat weiterhin die harte Linie gegen sie und alle "anti-nationalen" Kräfte ('Ngolops') verfolge. Deshalb betrachtet der Führer der 'United Front for Democracy', Thinley Penjore, aus dem Exil die angekündigten Reformen als reine Augenwischerei, die von drängenden innenpolitischen Problemen, wie dem der Flüchtlinge, nur ablenken sollen. Mittlerweile leben rund 100.000 'Lotsamphas' in Nepal. Durch einen Verwaltungsakt wurden sie 1990 zu "Staatenlosen" deklariert und ausge-

wiesen. Mit dieser Maßnahme versuchte die regierende Elite, einer befürchteten Überfremdung des Landes zu begegnen. Letztlich seien die Reformen - so die Kritiker - vor allem an die internationale Gebergemeinschaft gerichtet, um dort das Image Bhutans aufzubessern. In diesem Zusammenhang werfen Dissidenten dem amtierenden König vor, daß gerade er nach seiner Amtsübernahme als absolutistischer Herrscher aufgetreten sei und Reformen unterlassen habe.

Politische Beobachter halten dem entgegen, daß Jigme Singye Wangchuk mit seiner aktuellen Politik sehr geschickt auf den zu erwartenden sozialen Wandel reagiert habe. Mit dieser Politik könne der Konflikt zwischen dem zwar noch kleinen, aber stetig anwachsenden Mittelstand und der alten Feudalordnung entschärft werden, und die Gesellschaft schrittweise an die Moderne herangeführt werden. So setzt sich das neue Kabinett aus vergleichsweise jungen Experten zusammen, die alle in Indien und im Westen ausgebildet wurden. Sie ersetzen Veteranen, die oftmals 15 oder 20 Jahre im Amt waren.

Für ein Volk, das lange unter der Obhut von Hirten lebte, so indische Medien, habe somit zwar der Lernprozeß hin zu einer offenen Welt begonnen, doch brauche die Gesellschaft den König noch als Garanten für Stabilität.

Begegnung mit Bhutan

Das Königreich in den Wolken

Text und Foto von Siegfried Schmidt

Eine Reise nach Bhutan unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von anderen Reisen in die südasiatische Region. Kein anderes Land dort baut so hohe Hindernisse auf, es zu besuchen, ist so geheimnisumwittert und gibt so wenig Informationen preis wie Bhutan. Kein Land ist scheinbar so nah an einem Idealzustand, den viele westliche Menschen suchen. Ein Gemisch aus Vorstellungen und Wünschen, Informationen aus Reisebüchern und an einer Hand abzuzählender TV-Berichte läßt dann in den Köpfen Bilder entstehen, die es schwer machen, vorbehaltlos in den kleinen Staat am Südhang des Himalayas zu reisen. Die geringe

Anzahl von ca. 2.000 bis 4.000 Touristen pro Jahr läßt in fast jedem Besucher das Gefühl aufkommen, ein Privilegiertes zu sein.

Erwartungsvoll nähert sich der Reisende diesem unbekanntem Land. Einerseits taucht er ein in eine archaische Welt aus buddhistischen Riten und Glaubensvorstellungen, andererseits begegnen ihm hochmoderne Errungenschaften und Einstellungen, die so gar nichts mit Rückständigkeit zu tun haben. Diese scheinbaren Widersprüche üben immer wieder eine große Faszination aus.

Bhutan gehört nach Weltbankkriterien zu den ärm-